



CDU Gemeinderatsfraktion Adelebsen – Burgstraße 2 – 37139 Adelebsen

Flecken Adelebsen
Bürgermeisterin Dinah Stollwerck-Bauer
Burgstraße 2
37139 Adelebsen

**Gemeinderatsfraktion
Adelebsen**
Die Vorsitzende

14. November 2012

Resolution des Adelebser Gemeinderates gegen die Erhöhung der Kreisumlage

Sehr geehrte Frau Stollwerck-Bauer,

die CDU stellt zur Ratssitzung am 6. Dezember 2012 den sofort zu beschließenden (Resolutions-)Antrag:

Der Gemeinderat des Flecken Adelebsen fordert den Kreistag des Landkreises Göttingen auf, bei der Verabschiedung des Haushaltes 2013 keine Erhöhung der Kreisumlage zu beschließen.

Begründung:

Der Landrat des Landkreises Göttingen hat für das Haushaltsjahr 2013 ein Budget eingebracht, das die Erhöhung der Kreisumlage um 2 Prozentpunkte auf 52% vorsieht. Dieser Schritt wäre mit Blick auf ohnehin schon prognostizierte Rekordeinnahmen des Landkreises nicht gerechtfertigt.

Zudem wird der Landkreis im Bereich Soziales gegenüber 2011 um einen erheblichen Betrag durch den Bund substantiell entlastet. Folgerichtig haben sich die Kreisumlage-Hebesätze in Niedersachsen im Mittelwert von 2011 auf 2012 schon von 51,2% auf 51,0% - im Bereich des ehemaligen Regierungsbezirks Braunschweig sogar von 53,6% auf 53,0% - verringert. Nur der Landkreis Göttingen verhielte sich gegenläufig zum Trend.

Eine Erhöhung der Kreisumlage würde die Gemeinde mit weiteren ca. 100.000 € belasten. Darüber hinaus haben die zurückliegenden Beratungen über anstehende durchaus sehr wichtige Investitionen im Bereich Straßen und Immobilien gezeigt, welche Herausforderungen in den kommenden Jahren noch zu bewältigen sind. Mit der geplanten Erhöhung der Kreisumlage muss der Rat des Flecken Adelebsen Einsparungen im Bereich von sinnvollen freiwilligen Leistungen z.B. außerschulische Betreuung, Mehrgenerationenzentrum, Seniorenbeirat beschließen. Wichtige Projekte im Bereich Infrastruktur, Familie, Bildung, Sport und Kultur müssen gestrichen oder auf Eis gelegt werden.

Der Rat des Flecken Adelebsen hat in den zurückliegenden Jahren trotz erheblicher Investitionen immer seiner haushaltpolitischen Verantwortung Rechnung getragen und kann dies auch von den Mitgliedern des Kreistages, insbesondere dem Landrat des Landkreises Göttingen, erwarten. Dabei gehen wir davon aus, dass die Mitglieder der Mehrheitsgruppe im Kreistag die Erhöhung nicht mittragen werden, hatte sich doch die SPD-Kreistagsfraktion schon 2008/2009 vehement gegen eine Erhöhung der Kreisumlage von seinerzeit 48% auf zunächst 48,8% und schließlich 50% ausgesprochen.

Mit freundlichen Grüßen



Nicole Schulz
Fraktionsvorsitzende